

**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 49 (1970)  
**Heft:** 5

**Artikel:** Konjunktur  
**Autor:** Schelker, Markus  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-338246>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Konjunktur<sup>1</sup>

Von der Konjunktur wissen die meisten Leute, dass man sie dämpfen muss, wenn sie sich im Stadium der Erhitzung befindet. Konjunktur hat in den Augen des Normalschweizers zu tun mit der Teuerung, mit dem hohen Gastarbeiterbestand und vielleicht noch mit langen Wartezeiten auf den Spengler, der den tropfenden Hahnen über der Badewanne reparieren sollte.

Die geschilderten Merkmale sind nichts anderes als Symptome eines sogenannten Booms, das heisst eines Zeitraumes, in dem Hoch-, ja sogar Höchstkonjunktur herrscht. Im Boom besteht praktisch immer eine mehr oder weniger ausgeprägte Übernachfrage: Das Angebot an Gütern und Dienstleistungen liegt leicht hinter der Nachfrage zurück. Dadurch steigen Preise und Löhne, und die bekannte Preis-Lohn-Spirale beginnt zu rotieren. Die Diskussion über diese Spirale ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem äusserst populären gesellschaftspolitischen Schwarzpeterspiel herangereift: Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter versuchen, sich gegenseitig des Ankurbelns dieser ominösen Preis-Lohn-Spirale zu bezichtigen. Tatsächlich ist das Problem vom wissenschaftlichen Standpunkt aus gesehen ein Ei-Huhn-Problem; ebensowenig wie wir die Frage nach der Priorität des Eis oder des Huhns beantworten können, vermögen wir generell zu sagen, ob Lohnerhöhungen Preiserhöhungen ausgelöst haben oder umgekehrt. Eines lässt sich jedoch statistisch nachweisen: im Boom steigen die Unternehmergewinne stets stärker als die Löhne, während sie im Konjunkturabschwung, in der *Rezession*, stärker sinken als die Löhne.

Die Rezession als Gegenstück zum Boom ist gekennzeichnet durch einen Angebotsüberhang. Die Leute wollen weniger Güter und Dienstleistungen haben, als ihnen in einem bestimmten Zeitraum angeboten werden. Investitionsprojekte, die während des Booms begonnen wurden, bleiben unter Umständen unvollendet und werden zu Investitionsruinen. Unternehmen, die sich trotz riskanter Finanzierung im Boom halten und entwickeln konnten, brechen beim ersten wirtschaftlichen Frosteinbruch zusammen. Diese Erscheinung zeigte sich in der Schweiz klassisch in den Jahren 1964 und 1965, als durch die Konjunkturdämpfungsmassnahme namentlich in der Bauwirtschaft eine künstliche Rezession eingeleitet wurde. Damals brachen Dutzende von Unternehmen dieser Branche zusammen, die über wenig Reserven verfügten, um einen Beschäftigungsrückgang aufzufangen.

<sup>1</sup> Vgl. «Volkswirtschaftliche Grundbegriffe» in «Profil» 10, 11, 12/1969, 1, 3, 4/1970.

## Es gibt verschiedene Konjunkturen

In allgemeinste Form ausgedrückt, sind Konjunkturen Schwankungen in der wirtschaftlichen Entwicklung, hervorgerufen durch Diskrepanzen zwischen wirksamer Nachfrage und tatsächlichem Angebot von Gütern und Dienstleistungen. Aus dieser allgemeinen Formulierung können wir zwei Fragen ableiten, die wir in der Folge beantworten wollen: 1. Wie und woran erkennt man konjunkturelle Schwankungen, und 2. wie lange sind die Wellen dieser Schwankungen und welches die Ursachen?

Die erste Frage ist relativ einfach zu beantworten. Als Konjunkturindex im weitesten Sinne ist das Sozialprodukt zu verstehen. Dabei interessiert uns weniger seine absolute Grösse als vielmehr die Änderungsrate, mit der es ab- oder zunimmt. Die Krisenerscheinungen zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg waren gekennzeichnet durch einen absoluten Rückgang des realen Bruttosozialprodukts. Die verschiedenen kleineren Rezessionen nach dem Zweiten Weltkrieg äusserten sich meist lediglich in einer Verkleinerung der wirtschaftlichen Wachstumsrate. Zwischen Wirtschaftswachstum und den konjunkturellen Schwankungen bestehen enge Zusammenhänge: Das Wachstum drückt eine langfristige Entwicklung aus, eine Entwicklung, die man statistisch als Trend zu bezeichnen pflegt. Konjunkturen sind als Schwankungen um diesen Trend zu verstehen. Zeichnet man beispielsweise die Entwicklung des realen Sozialprodukts eines Landes während der letzten hundert Jahre graphisch auf, so wird die entsprechende Graphik die Gestalt einer Wellenlinie haben. Mittels bestimmter statistischer Verfahren ist es nun möglich, in diese Wellenlinie einen «Durchschnittspfad» zu legen, den man als langfristigen Wachstumstrend bezeichnet.

Für die kurzfristige Konjunkturprognose und -diagnose bedient man sich einer ganzen Reihe von speziellen Indikatoren. Dazu gehören beispielsweise: der Index der Beschäftigung in der industriellen Produktion und im Baugewerbe, Statistiken der Gross- und Detailhandelsumsätze, Arbeitslosenzahlen, Aussenhandelsstatistiken und detaillierte Angaben über den Geld- und Kreditmarkt. Die sorgfältige laufende Beobachtung dieser Indikatoren gestattet es Regierungsstellen und privaten Unternehmern, sich über die konjunkturelle Lage recht umfassend und zuverlässig zu informieren.

Aufschlussreich sind auch die Antworten, die sich auf die zweite Frage ergeben, die nach der Länge der konjunkturellen Schwankungen fragt. Unter der Länge eines Konjunkturzyklus versteht man die Zeit, die zwischen zwei Booms oder zwei Rezessionen vergeht. Verschiedene Konjunkturforscher haben in diesem Zusammenhang die interessante Entdeckung gemacht, dass es Konjunkturzyklen von sehr verschiedener Länge gibt, die sich gegenseitig überlagern. Heute kennt man im wesentlichen drei solcher Zyklen, die nach ihren Erfindern benannt wurden.

Der *Kondratieffzyklus* ist mit Abstand der längste der bekannten Konjunkturzyklen. Seine Dauer beträgt rund 60 Jahre. Er wurde 1928 vom russischen Ökonomen Kondratieff entdeckt. Schumpeter wies die Existenz dreier solcher Zyklen nach. Der erste Zyklus dauerte von 1787 bis 1842 und war geprägt durch die industrielle Revolution. In den zweiten Kondratieffzyklus fiel das Aufkommen der industriellen Herstellung von Eisen und Stahl im grossen Ausmass und der Bau grosser Eisenbahnlinien. Dieser zweite Zyklus, der auch der Eisenbahnzyklus genannt wird, dauerte von 1843 bis 1897. Als dritten Zyklus definierte Schumpeter die Zeit ab 1898 bis in die fünfziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein. In diese Zeit fallen der Siegeszug der Elektrizität, der Aufstieg der chemischen Industrie und die weltweite Verbreitung des Verbrennungsmotors. Der vierte Zyklus, in dem wir gegenwärtig leben, wird beherrscht durch das Aufkommen der Atomenergie, die Kybernetik und die Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie. Die Kondratieffzyklen haben ihre Ursache in grossen, epochalen Neuerungen. Jeder verkörpert gewissermassen ein eigenes Zeitalter. Dieser vierte Kondratieffzyklus ist allerdings nicht ganz unproblematisch: der technische Fortschritt fällt heute im Vergleich zu früheren Jahrhunderten viel regelmässiger an; einen Sachverhalt, der von H. Riese als «Sozialisierung des technischen Fortschritts» bezeichnet wird. Ob man unter diesem Gesichtspunkt noch von einer langen Konjunkturwelle sprechen kann, scheint fraglich.

Eine ganz andere Bedeutung kommt dem *Juglarzyklus* zu. Er dauert rund acht bis zehn Jahre und ist vor allem auf zwei Faktoren zurückzuführen: 1. auf das Auftreten neuartiger Konsum- und Investitionsgüter und 2. auf bestimmte Ersatzzyklen. Das Aufkommen neuer Güter, wie zum Beispiel des Fernsehapparates, preisgünstiger Foto- und Filmapparate, Waschmaschinen usw., erschloss jedesmal neue Märkte und führte zu einem entsprechenden Anwachsen der wirksamen Nachfrage. Nach einer gewissen Zeit gehen die Absatzmöglichkeiten für solche Produkte in der Regel merklich zurück, weil auf dem Markt eine gewisse Sättigung eingetreten ist. Solche Sättigungsgrenzen sind natürlich keine starren Linien, die für alle Volkswirtschaften feststehen, sondern sie hängen ab vom persönlichen verfügbaren Einkommen der Haushalte und deren speziellen Bedürfnissen. Jedes Gut hat nun seine bestimmte Lebensdauer. Ist diese abgelaufen, so wird auf dem Markt für diese Produkte der Ersatzbedarf spürbar, der den Absatz dieses Gutes wieder in die Höhe schnellen lässt. Solche Ersatzzyklen sind namentlich auf dem Automobilmarkt zu beobachten, aber auch für andere Güter, wie Waschmaschinen, Kühlschränke usw., typisch.

Der kürzeste der drei bekannten Zyklen ist der *Kitchinzyklus*. Er dauert 40 Monate und wird vielfach als Lagerhaltungszyklus bezeichnet. Er hängt vor allem mit den Lagerhaltungsgewohnheiten des Grosshandels zusammen, doch äussern sich auch in ihm gewisse Ersatzrhythmen. Der Kitchin-

zyklus ist eine relativ moderne Entdeckung, während man die beiden anderen Konjunkturtypen schon lange kennt.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es wohl einige kleinere Rezessionen, doch keine erreichte mehr das Ausmass der schweren Krisen der Zwischenkriegszeit. Diese Entwicklung lässt den Schluss zu, dass die Ausschläge der längeren Zyklen, das heisst des Kondratieff- und des Juglarzyklus, tendenziell abnehmen. Wir haben oben bereits darauf hingewiesen, dass sich die Innovationsphasen, das heisst die Zeiträume, in denen wichtige Neuerungen eingeführt werden, immer mehr verkürzen und zudem überlagern. Auch wirkt sich die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Staates, der die Möglichkeit hat, via Infrastrukturinvestitionen und andere Massnahmen eine antizyklische Konjunkturpolitik zu betreiben, dämpfend auf die Konjunkturschwingungen aus.

### **J. M. Keynes — der «Krisentöter»**

Die Möglichkeiten der modernen Konjunkturpolitik sind untrennbar mit dem Namen von John Maynard Keynes, dem berühmten englischen Nationalökonom, verbunden. Mitten in der Krise der dreissiger Jahre, da alle Regierungen Sparmassnahmen propagierten und durchführten, forderte Keynes eine expansive Ausgabenpolitik des Staates. Die Keynesische Forderung bedeutete einen völligen Bruch mit den liberalen Prinzipien der klassischen und neoklassischen Nationalökonomie. Leider wurde sie damals nicht befolgt, da alle Regierungen noch den liberalen Selbstheilungsthesen Glauben schenkten. Diese besagten, dass in einer Krise die Preise so lange sinken müssten, bis Angebot und Nachfrage einander wieder entsprächen. Da gleichzeitig auch die Löhne fallen würden, ergäbe sich automatisch wieder Vollbeschäftigung. Keynes wies nun nach, dass ein wirtschaftliches Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auch bei Unterbeschäftigung möglich sei. Damit strafte er natürlich alle Selbstheilungsthesen der Klassiker Lügen. Wieso kam nun Keynes auf die Idee, das genaue Gegenteil der klassischen Konjunkturpolitik zu propagieren und in der Krise anstelle von Sparmassnahmen Ausgabenüberschüsse zu fordern? Die Antwort auf diese Frage liefert der sogenannte *Multiplikator*. Das Multiplikatorprinzip besagt nichts anderes, als dass eine Investition das Volkseinkommen um das Mehrfache ihres Betrages vergrössert. Die Grösse des Multiplikators hängt ab von der sogenannten marginalen Sparquote. Diese gibt Auskunft darüber, wieviel die Leute zusätzlich sparen, wenn sie ein bestimmtes Mehreinkommen erzielen. Je kleiner diese marginale Sparquote ist, je weniger also gespart wird, desto grösser wird der Multiplikator sein. Dies gilt allerdings nur dann, wenn sich eine Wirtschaft im Zustand der Unterbeschäftigung befindet. Selbstverständlich bezieht sich der Ausdruck «Ersparnis» nicht nur auf die privaten Haushaltungen, sondern auch auf die Unternehmen und den Staat. Keynes hat drastisch nachge-

wiesen, dass in einer Krise Appelle zur Sparsamkeit ungefähr das verkehrteste sind, was man volkswirtschaftlich tun kann. Da zwischen Konsum und Investitionen im Rahmen des Wirtschaftskreislaufes ständige Wechselwirkungen stattfinden, führen die als Folge der erhöhten Investitionstätigkeit gestiegenen Konsumausgaben ihrerseits dazu, dass in einer nächsten Phase die Investitionen abermals zunehmen. Diesen Vorgang hat Keynes als Akzelerationsprinzip bezeichnet. Auf das genaue Funktionieren der sogenannten antizyklischen Konjunkturpolitik werden wir im Abschnitt Inflation noch mehr eingehen. Der erste Politiker, der die Bedeutung des Keynesischen Konzeptes voll erfasst hat, war der amerikanische Präsident Roosevelt, der es in seiner New-Deal-Konzeption verwirklichte.

## **Geld und Konjunktur**

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass schwere Wirtschaftskrisen, wie sie sich in den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts abgespielt haben, heute ziemlich ausgeschlossen sind, da man das Rezept kennt, wie gegen solche Krisen vorzugehen ist, bevor sie sich überhaupt ausbreiten können. Einige wirtschaftliche Störungen drohen uns indessen von der monetären, das heisst der Geldseite her. Sind die Banken beispielsweise sehr liquid, das heisst verfügen sie über viel flüssige Mittel, so werden sie daran interessiert sein, ihren Kunden möglichst viele Kredite zu relativ günstigen Bedingungen zu gewähren. Dies führt dazu, dass Unternehmen auf die Beine gestellt werden, deren Finanzierung ausserordentlich riskant ist. Von einer riskanten Finanzierung spricht man immer dann, wenn langfristige Investitionsprojekte mit kurzfristigen Mitteln getätigt werden. Verknappt sich aus irgendwelchen Gründen der Kreditmarkt, so passiert genau das, was wir oben am Beispiel des schweizerischen Baugewerbes gezeigt haben. Weitere Rezessionsgefahren drohen aus dem System der internationalen Währungsbeziehungen. Die geltende Währungsordnung beruht auf dem 1944 geschlossenen Abkommen von Bretton Woods, das zur Bildung des International Monetary Fund, der internationalen Währungsbehörde, führte. Im Gefolge dieses IMF-Systems sind die meisten bedeutenden Währungen frei konvertibel geworden. In den letzten Jahren sind jedoch verschiedene Staaten dazu übergegangen, die Konvertibilität ihrer Währung durch zollpolitische und devisenwirtschaftliche Massnahmen einzuschränken. Dazu gehören namentlich England und Frankreich. Das anhaltende amerikanische Zahlungsbilanzdefizit und die – zumindest bis vor kurzem – notorische Schwäche des Pfundes bedeuten eine ständige Bedrohung der internationalen Währungsordnung. Ihr Zusammenbruch würde zweifellos den Welthandel schwer schädigen und zu empfindlichen Rezessionen innerhalb der westlichen Hemisphäre führen. Die internationalen Handelsverflechtungen machen es namentlichen kleineren Staaten wie der Schweiz recht schwer, eine wirksame Konjunkturpolitik zu betreiben. Wenn

man bedenkt, dass der Aussenhandel rund 35 Prozent des schweizerischen Sozialprodukts ausmacht, kann man ermessen, wie empfindlich unsere Wirtschaft auf grössere Störungen des internationalen Währungsgleichgewichts reagieren müsste.

*Georg Scheuer (Paris)*

## **Chaban-Delmas auf schmalem Grat**

Die zunehmenden Differenzen und Spannungen zwischen dem Staatspräsidenten Georges Pompidou und seinem Premierminister Jacques Chaban-Delmas sind in Paris ein öffentliches Geheimnis, wenn sie auch letztlich von beiden Seiten dementiert wurden. Zum Teil sind sie in der Verfassung begründet, zum Teil in den konkreten Schwierigkeiten, schliesslich auch in den grundverschiedenen Persönlichkeiten und Konzepten.

### *Zwiespältige Verfassung*

Die Verfassung der 5. Republik ist zweideutig und zwiespältig. Sie wurde bekanntlich von Anfang an auf die eigenwillige Persönlichkeit de Gaulles zugeschnitten. Auf seine Veranlassung wurde sie mehrmals umgemodelt und ist immer noch halbdemokratisch und halbautoritär. Dass dieses besondere Gewand einem Nachfolger nicht ohne weiteres «passen» würde, war vorauszusehen.

Dieser Konstitution entsprechend wird das Staatsoberhaupt vom Volk für sieben Jahre gewählt, das Parlament aber nur für vier Jahre. Soweit die Theorie. Die Praxis zeigte, dass selbst de Gaulle vor Ablauf seiner Amtszeit zum Rücktritt gezwungen war und dass auch Parlamentswahlen verfrüht ausgeschrieben wurden, zuletzt im Juni 1968, unmittelbar nach der Mairevolte.

Diese überstürzten Wahlen ergaben als unmittelbare Reaktion auf die Linksrevolte eine rechtsgerichtete gaullistisch-konservative Mehrheit, die aber, wie man von Nachwahlen, Kantons- und Kommunalwahlen, weiss, nicht mehr der wirklichen Volksstimmung entspricht. Die Wähler geben wieder den Linksparteien den Vorzug.

### *Übergangsregierung*

Dieser Tatsache trug der neue Präsident Rechnung, als er Chaban-Delmas mit der Regierungsbildung beauftragte. Als Pompidou nach seiner Wahl im Juni 1969 den langjährigen Bürgermeister von Bordeaux zum Premierminister erkor, wusste man allerdings bereits, dass diese Entscheidung nicht für vier Jahre berechnet war.